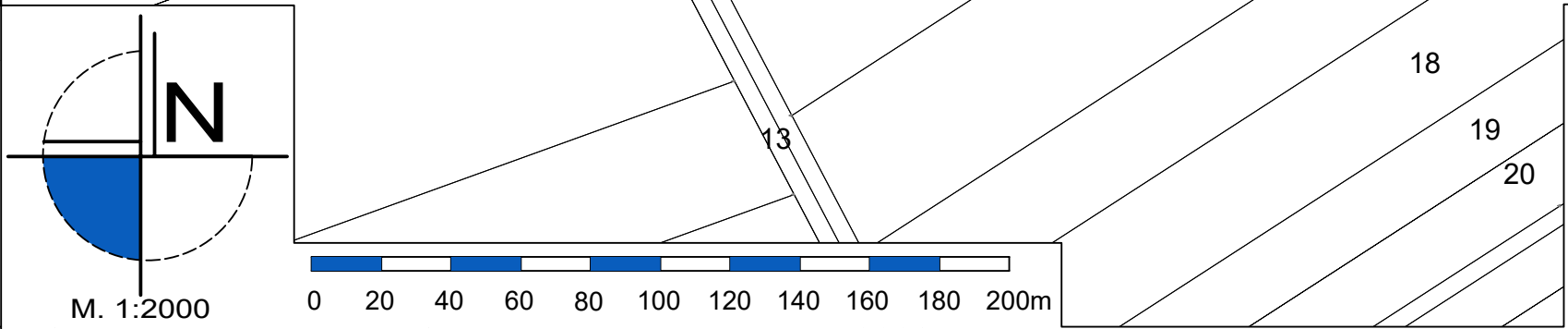


Ortsgemeinde Wilsecker

Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage"



Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss <p>Die Ortsgemeinde Wilsecker hat am 11.02.2019 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes "Freiflächenphotovoltaikanlage" in öffentlicher Sitzung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 13.04.2019 ortsüblich bekannt gemacht.</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>	Vorgezogene Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange <p>Die vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 15.02.2021, die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt am 27.02.2021 und die Bekanntmachung im Internet am 27.02.2021 in der Gelegenheit zur Stellungnahme bis einschließlich 12.04.2021 gegeben wurde.</p> <p>Über die eingegangenen Anregungen wurde in der Gemeinderatsitzung v.o.m 27.09.2021 beraten und beschlossen. Ferner beschloss der Gemeinderat die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>	Offenlegung und Beteiligung der Behörden <p>Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Testfestsetzungen hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 28.02.2022 bis einschließlich 30.03.2022 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 19.02.2022 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass Stellungnahmen zu dem Bebauungsplanentwurf während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. In dieser Bekanntmachung wurde zudem den weiteren Hinweisbestimmungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB nachgekommen. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 15.02.2022 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>
Satzungsbeschluss <p>Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Wilsecker hat am 31.05.2022 den Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage" gem. § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz und gem. § 10 (1) BauGB als Satzung</p> <p>BESCHLOSSEN</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>	Ausfertigung <p>Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen der Ortsgemeinde Wilsecker sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet.</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>	Anordnung der Bekanntmachung <p>Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 BauGB angeordnet.</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>
Bekanntmachung <p>Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplans ist am 08.07.2023 gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass die Planung während der Dienststunden bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bitburg-Land von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung wurde die Bebauungsplanänderung</p> <p>RECHTSVERBINDLICH</p> <p>Witsecker, den 01.12.2022</p> <p>gez. <u>Mariene Burggraf</u>, Ortsbürgermeisterin</p>	Plangrundlage <p>Herkunftsvermerk "Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung" Die Planunterlage erfüllt die Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung (Stand der Planunterlage: Januar 2019).</p>	

Nutzungsschablone (Beispiel)		
Art der baulichen Nutzung	SO Freiflächenphotovoltaikanlage	
Grundflächenzahl als Höchstmaß	GRZ 0,65	GH 3,50 m
Gebäude- und Modulhöhe als Höchstmaß		

Textfestsetzungen

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Als Art der baulichen Nutzung wird für das Plangebiet ein Sonstiges Sondergebiet i.S.d. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" festgesetzt.

Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind im sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" folgende Nutzungen zugelassen: Zulässig ist die Errichtung und der Betrieb von aufgeständerten Freiflächenphotovoltaik-Modulen ohne Betonfundamente zum Zweck der Stromgewinnung aus Sonnenenergie einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen (Trafo- und Übergabestation, Speicher). Zulässig sind die für den Anlagenbetrieb erforderlichen Erschließungen.

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Je Trafo- und Übergabestation ist eine Grundfläche von max. 50 m² je Speicher 100 m² zulässig. Die Höhe dieser Gebäude, gemessen zwischen der natürlichen Geländeoberfläche und der Oberkante der Gebäude darf max. 3,5 m betragen.

Für die Modulfläche als projizierte überbaute Fläche, einschl. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,65 festgesetzt.

Für die Aufständigung der Modulfläche und Nebenanlagen wird i.V.m. §9(1)20 BauGB eine max. Versiegelung von 180 m² der Sondergebietsfläche festgesetzt.

Die Modulhöhen werden gem. § 9 (11) BauGB i. V. m. § 16(2), (4) u. 18(1) BauNVO entsprechend der Eintragung in der Nutzungsschablone (siehe Planzeichnung) festgesetzt. Die Mindesthöhe der Module muss 1,0 m betragen. Die Höhen werden gemessen von der natürlichen Geländeoberfläche lotrecht zur Modulante in Modulmitte.

Nebenanlagen nach § 14(1) i.V. mit § 23(5) BauNVO sind als untergeordnete Nebenanlagen im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Steuerung bzw. Sicherung und Überwachung der Anlage zugelassen.

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO)

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.

Grünordnerische / Landschaftspflegerische Festsetzungen

Allgemeine Festsetzungen

Im Bebauungsplan werden Flächen für die Anpflanzung von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt. Eine fachgerechte Pflanzung bzw. Einsatz schließt Bodenverbesserungs- sowie Pflanzensicherungsmaßnahmen mit ein. Ausgefallene Gehölze sind spätestens in der darauffolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.

Für alle zu pflanzenden Sträucher werden, wenn nicht gesondert aufgeführt, folgende Mindestorientierungen vorgeschrieben:

- heimische standortgerechte Sträucher: 2 x verpflanzt, ohne Ballen, 100- 125 cm hoch (zugehörige Pflanzliste im Anhang)

Bei den im Rahmen der grünordnerischen Vorgaben festgesetzten Pflanzungen sind soweit nicht anders festgesetzt mindestens 50 % der Gesamtpflanzanzahl aus den in den Pflanzlisten aufgeführten Arten zu verwenden.

Hinweise: Vermeidungsmaßnahmen

V1 Baubeginn im Herbst/Winter
V2 Durchführung der Baumaßnahmen ohne längere Unterbrechungen
V3 Nachtlichter Baustopp und eine nächtliche Betriebsruhe
V4 Baustelle nachts nicht beleuchten
V5 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung auf ein Minimum.
V6 Vermeidung von größeren Erdmassenbewegungen sowie von Veränderungen der Oberflächenformen.
V7 Vermeidung von Bauarbeiten bei anhaltender Bodenmässe
V8 Ordnungsgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen: Während der Durchführung der Bodenarbeiten ist darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe (Öle, Treibstoffe, Fette etc.) in den Boden oder in das Grundwasser gelangen
V9 Sorgfältige Entsorgung von Restbaustoffen.

Festsetzungen über Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Plangebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie über Flächen zum Anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Kompensationsmaßnahmen (KM)

Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen wird folgende Maßnahme durchgeführt:

KM 1: Entwicklung von Magerwiesen unter den PV-Modulen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- Nachfolgende Maßnahmenbeschreibung orientiert sich an den Empfehlungen von VAHLE (2015) und BIEDERMANN & WERKING-RADTKE (2008):
- Einsatz/Nachsaat: im ersten Schritt ist eine Nachsaat mit regionalem Saatgut für die Entwicklung einer mäßig artenreichen Glatthaferwiese durchzuführen. Das passende Saatgut (Kennarten der Glatthaferwiese oder passende Saatgutmischung) kann entweder gekauft werden (z.B. Fa. Rieger-Hofmann – Region 9) oder von einer geeigneten Spenderfläche in der Nähe entnommen und auf die Zielfläche übertragen werden (Mahdübertragung). Das vorhandene Grünland ist hierbei neu übersäen. Hierzu ist die Fläche im September kurz zu mähen und das Mahdgut muss abgetragen werden. Danach wird die Fläche gestriegelt und das Saatgut verteilt.
- Mahd: Ein- bis zweischürige Mahd (Abstand zwischen den Schnitten mind. 2 Monate), frühestens ab 30.06., Schnitthöhe mind. 10 cm. Das Mahdgut darf nicht auf der Fläche verbleiben.
- Düngung: Der Einsatz von jeglichem Dünger und Pflanzenschutzmitteln ist untersagt
- Pflege: Striegeln mit Wiesennegge oder Wiesentriegel im Frühjahr
- Beweidung: kurze extensive Beweidung mit max. 1 RGV/ha vor dem ersten Aufwuchs im Frühjahr oder nach dem letzten Schnitt im Herbst möglich
- Das Mulchen und der Umbruch der Flächen ist untersagt.

Legende

Art der baulichen Nutzung
§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§1 bis 11 BauNVO
§11 BauNVO

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
§9 (1) Nr.2 BauGB, §§22 und 23 BauNVO

Grünflächen
§9 Abs.1 Nr.15 und Abs.6 BauGB

Wasserflächen, Flächen für die Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz
§9 Abs.1 Nr.16 und Abs.6 BauGB

Maßnahmen und Flächen zum Schutz und Pflege von Natur und Landschaft
§9 Abs.1 Nr.20, 25 und Abs.6 BauGB
§9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe a und Abs.6 BauGB

Sonstige Planzeichen
§9 Abs.7 BauGB

Sonstige Darstellungen

Bestandteile des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung M. 1:2000 sowie den textlichen Festsetzungen. Die Begründung ist beigefügt.

Textfestsetzungen

KM 2: Rändliche Eingrünung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Entsprechend der Planzeichnung (Flächen zum Anpflanzen) ist eine rändliche Eingrünung (Strauchpflanzung) anzulegen. Die Strauchpflanzung ist an der Außenseite der Zaananlage anzulegen. Der max. Abstand der Sträucher in der Reihe beträgt 1,5 m, der max. Abstand der Reihe weist 1,0 m auf. Ausgefallene Sträucher sind nachzupflanzen. Die Pflanzung wird als „Gleichschikiger Dreieckverband“ ausgeführt. Die Pflanzen stehen versetzt, also „auf Lücke“ und bilden ein gleichschikiges Dreieck. Die rändliche Eingrünung darf für eine Zufahrt in einer Breite von 5,0 m je Planbreite unterbrochen werden. Für die Freistellung der Maste sind Unterbrechungen von 10,0 m zulässig. Die festgesetzte rändliche Eingrünung ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Rückschnitte der Gehölzpflanzungen sind nur bis auf eine Höhe von 2,50 Meter ab Bodenerkante innerhalb der gesetzlichen Fristen (Oktober – Ende Februar) zulässig. Der Abstand von der Hecke zu den Nachbargrundstücken muss mindestens 1,5 m betragen, damit die Hecke nicht, stärker als die geplanten 3,0 m zurückgeschnitten werden muss. Die 3,0 m Heckenbreite muss immer bestehen bleiben. Rückhaltmülden sind so anzulegen, dass angrenzend vorsehene oder vorhandene Hecken nicht beeinträchtigt werden.

Pflanzauswahl/Pflanzqualität

Im Folgenden wird eine Auswahl von nicht giftigen Pflanzen gegeben. Sie dient der Orientierung und kann um Arten erweitert werden, die vergleichbare Qualität und Eignung haben.

Punus spinosa – Schiele, verpflanzt (verpfl.), ohne Ballen (o.B.), 3 Triebe (3 TR), Sortierung 60-100 cm
Crataegus monogyna – Weißdorn, verpfl., o.B., 3TR, 100-150 cm
Salix purpurea – Purpur-Weide, verpfl., o.B., 3TR, 100-150 cm
Cornus mas – Kornelkirsche, verpfl., o.B., 3TR, 100-150 cm
Corylus avellana – Haselnuss, verpfl., o.B., 3TR, 100-150 cm
Cornus betula – Handbuche, verpfl., o.B., 3TR, 100-150 cm

Hinweis:
KM 3: CEF-Maßnahme für die Feldlerche

Blüh- und Brachestreifen

Für jedes zu kompensierende Revier wird ein Blühstreifen von 6 bis 10 m Breite und eine angrenzenden Schwarzbache von ca. 3 m Breite auf 100 m Länge festgesetzt. Die Ansatz erfolgt lückig. Um vielfältige Strukturen zu entwickeln und Blütenzeiten zu verlängern, sind alternierende Pflegeschnitte auf ca. 50 % der Fläche erforderlich. Die bis zu 3 m breiten Schwarzbachstreifen grenzen unmittelbar an die Blühstreifen an und dienen der Feldlerche als nicht oder nur spärlich bewachsenes Nahrungshabitat. Diese Flächen werden nicht eingestrichen und der aufkommende Bewuchs kontinuierlich (ca. alle 3-4 Wochen) mechanisch entfernt. Der Einsatz von Pestiziden ist dabei nicht erlaubt. Es sind damit insgesamt 3 Blüh- und Schwarzbachstreifen anzulegen (1 Blüh- und Schwarzbachstreifen pro ha).

Tabelle: Lage der Ausgleichsflächen für die CEF-Maßnahmen						
Nummer	Gemarkung	Flur	Flurstücksnummer	Fläche in ha	geeignet in ha	Art des Bewuchses
1	Orsfeld	3	46	2,68	2,68	Acker
Gesamt:				3		
				von 3 ha		

Hinweise:

- Die Flächen sind für die vorgesehene Zweckbestimmung dauerhaft dinglich zu sichern (beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Ortsgemeinde und Eifelkreis, Unteren Naturschutzbehörde (UNB) als Gesamtberechtigte). Die vorgesehenen Maßnahmen sind in einem städtebaulichen Vertrag zwischen Planungssträger und Eifelkreis UNB festzulegen.
- Da die Artenschutzmaßnahmen zugunsten der Feldlerche vor Baubeginn umzusetzen sind, müssen die rechtlichen Regelungen (s.o.) für die externen Flächen/Maßnahmen so frühzeitig vorgenommen werden, dass diese Anforderung (Umsetzung vor Baubeginn) erfüllt werden kann. Die externen Maßnahmenflächen und Artenschutzmaßnahmen sowie die Artenschutzrechtliche Vorgabe (Umsetzung der Artenschutzmaßnahmen für die Lerche vor Baubeginn) sind in die Hinweise zum Bebauungsplan aufzunehmen.

Umsetzungszeitpunkt

Der Umsetzungszeitpunkt wird wie folgt festgesetzt:

- CEF-Maßnahme für die Feldlerche: vor Baubeginn
- KM1: Hat in der auf den Abschluss der Bauarbeiten nächstfolgenden Pflanzperiode zu erfolgen
- KM2: Die Bepflanzung ist in der auf die Errichtung der Zaananlage ersten Pflanzperiode (Oktober – Ende März) vorzunehmen.

Niederschlagswassers im Plangebiet

Für die Befestigung von Zufahrten und Stellplätzen sind wasserdurchlässige Beläge mit Naturbaustoffen zu verwenden. Geeignet sind z. B. wassergebundene Decke, Schotterrasen, Kies, Beton-, Asphalt-, und Kunststoffdecks werden ausgeschlossen.

Im Plangebiet sind ausreichend breite Ausgleichstreifen, als flache Mulden auszuführen. Die Mulden sind vor der festgesetzten rändlichen Eingrünung, anzulegen (siehe Darstellung Planzeichnung). Die festgesetzten Pflanzstreifen dürfen nicht tangiert werden.

B. BAUDURCHSCHNITTRECHTLICHE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄß § 88 LANDESBBAUORDNUNG RHEINLAND-PFALZ IN VERBINDUNG MIT § 9 Abs. 4 BauGB

1. Außere Gestaltung von baulichen Anlagen und von Werbeanlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 BauO)

Die Anlage ist in einheitlicher Ausführung in Farbe und Form zu errichten. Es dürfen keine unterschiedlichen Module verbaut werden.

2. Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 BauO)

Eingefriedet werden darf nur die Fläche zur Aufstellung der Solarmodule (Bauraum) und der daran angrenzenden Randbereich.

Textfestsetzungen

Die Einfriedung ist nur mit mindestens 20 cm Bodenfreiheit zulässig. Die Durchlässigkeit der Umzäunung für Klein- und Mittelstücker muss sichergestellt sein. Die zulässige Höhe der Einfriedung beträgt 2,50 m über natürlichem Gelände.

3. Werbeanlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. 6 BauO)

Werbeanlagen sind mit Ausnahme eines Schaufeldes und eines Informationsschildes im Bereich der Anlageneinfahrt nicht zulässig. Die zulässige Schaufeld- und das zulässige Informationsschild dürfen jeweils max. eine Fläche von 1 qm haben.

C. HINWEISE:

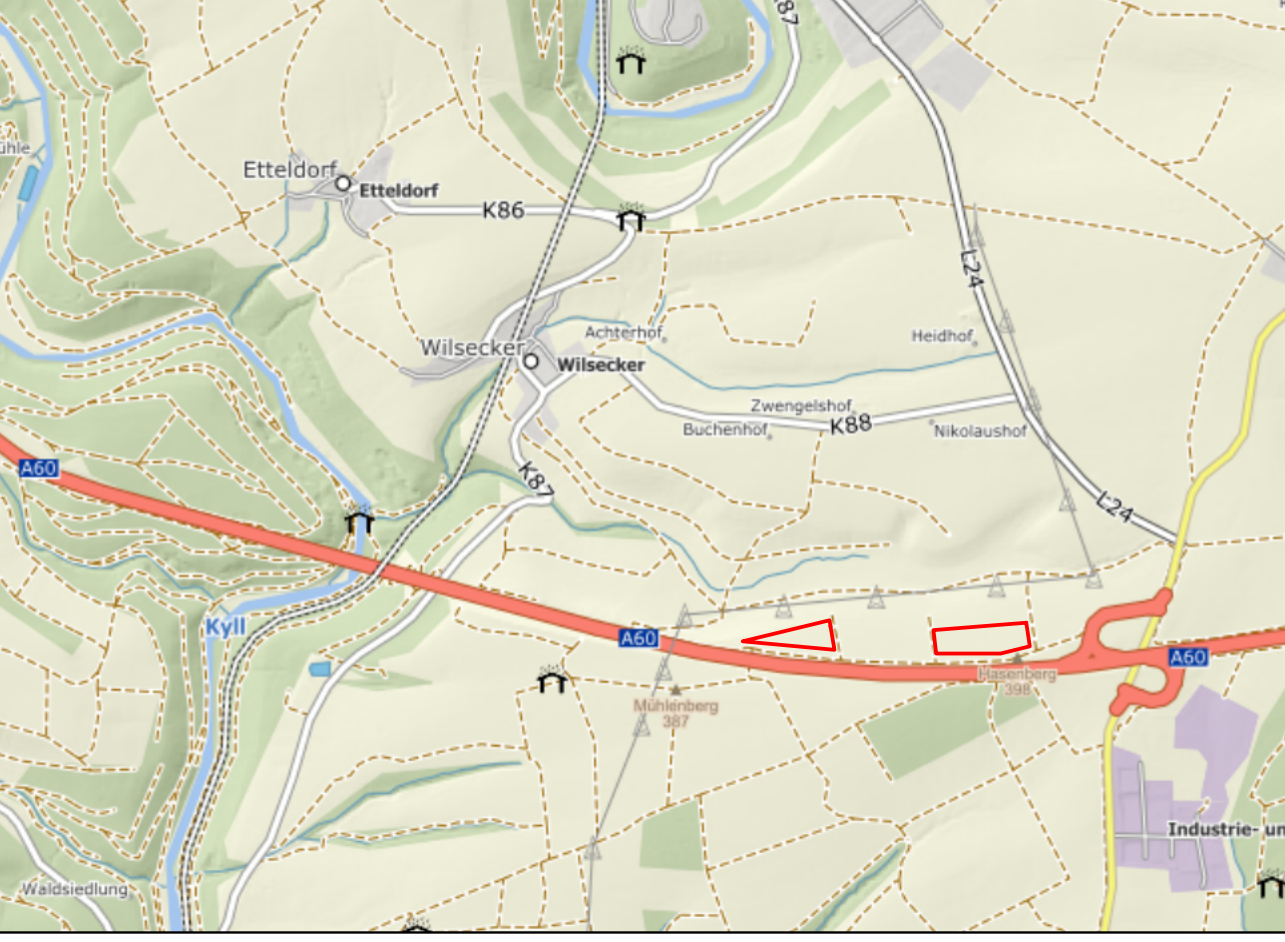
- Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neubauvorhaben oder größere An- und Umbauarbeiten (insbesondere mit Laständerungen) sind in der Regel objektbezogene Baugrunduntersuchungen zu empfehlen. Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen.
- Sollen bei den Bauarbeiten Hinweise auf Bergbau vorgefunden werden, wird die Einbeziehung eines Baugrundberaters bzw. Geotechnikers zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung empfohlen.
- Gemäß § 1 Abs. 6 BauGB müssen bei der Aufstellung der Baupläne insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung gewahrt bleiben und die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt werden. Daher sind bei der Planung und Ausführung die Vorgaben der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), die DIN 19731 und ergänzend hierzu die ALEX Merk- und Informationsblätter des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht zu beachten, insbesondere das ALEX-Infoblatt 28 „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB – Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauplanung.“
- Sofern bei den Erschließungs- und Baumaßnahmen Überschuss-Böden anfallen, ist der zuständige Behörde ein Entsorgungskonzept vorzulegen.
- Sollten bei Erdarbeiten, Bau- oder Abbrucharbeiten prähistorische oder historische Gegenstände (bewegliche oder unbewegliche), von denen bei ihrer Entdeckung anzunehmen ist, dass sie Kulturdenkmäler sind oder als solche gelten, gefunden werden oder Flurdenkmäler durch die Baumaßnahme betroffen sein, ist dies unverzüglich an die Denkmalfachbehörde, also der Generaldirektion Kulturelles Erbe RLP, Direktion Landschaftsarchäologie, Außenstelle Trier (Rheinisches Landesmuseum, Tel. 0651/9774-0, landesmuseum-trier@gdkv.rlp.de) mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann auch bei der Unteren Denkmalfachbehörde der Kreisverwaltung des Eifelkreises Wittlich-Prüm (Tel. 0655/115-0, info@bitburgpruem.de), der Verbandsgemeindeverwaltung oder der Gemeindeverwaltung erfolgen; diese leiten die Anzeige unverzüglich an die Denkmalfachbehörde weiter. Anzeigepflichtig sind der Finder, der Eigentümer des Grundstücks, sonstige über das Grundstück Verfügungsbeschränkte, der Besitzer des Grundstücks und der Leiter der Arbeiten, bei deren Durchführung der Fund entdeckt wurde; die Anzeige durch eine dieser Personen befreit die Übrigen.
- Von den einzelnen ggf. auch nicht genehmigungspflichtigen Bauvorhaben im Schutzstreifen der Leitungen bzw. in unmittelbarer Nähe dazu sind der Amprion GmbH Bauunterlagen (Lagepläne und Schnittzeichnungen mit Höhenangaben in m über NN) zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme bzw. dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer/Bauherren zuzusenden. Alle geplanten Maßnahmen bedürfen der Zustimmung durch die Amprion GmbH.
- Aufgrund der Gegebenheiten wird für alle baulichen Anlagen dringend die Erstellung eines Baugrundgutachtens einschließlich der Prüfung der Hangstabilität empfohlen.
- Grundsätzlich ist die bei der Herstellung und beim Betrieb der geplanten Anlagen die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 zu beachten.

Rechtsgrundlagen

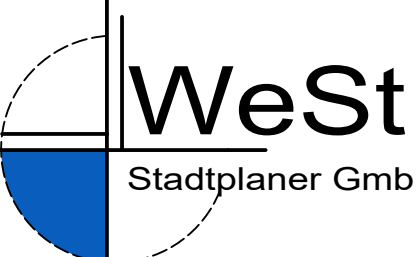
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Planzeichenverordnung (PlanZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 3 und 6 geändert (Art. 9 Ges. v. 13.11.2019, GVBl. S. 425)
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274, ber. 2021 S. 123), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.09.2021 (BGBl. I S. 4458)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3908)
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 28.06.2020 (GVBl. S. 287)
- Landeskompensationsverordnung (LKompVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.06.2018 (GVBl. S. 180)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18.09.2021 (BGBl. S. 3001)
- Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
- Denkmalschutzgesetz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 1 Siebtes LandesG zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27.11.2022 (GVBl. S. 21)
- Bundesfernstraßengesetz (FSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz (LSRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.08.1977, letzte berücksichtigte Änderung: §§ 5 und 9 geändert, §§ 11a und 36a neu eingefügt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)

jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.

Übersichtskarte (Maßstab unbekannt)



Projekt

Ortsgemeinde Wilsecker Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage"			
Satzung			
Auftraggeber:	Ortsgemeinde Wilsecker	Projektnr.:	01-706
Phase:	Satzung	Stand:	Juni 2021
Bearbeitet:	Rolf Weber	Maßstab:	1:2000
 WeSt Stadtplaner GmbH			
Waldstrasse 14 56766 Ullmen		Tel.: 02676/9519110 Fax.: 02676/9519111	